

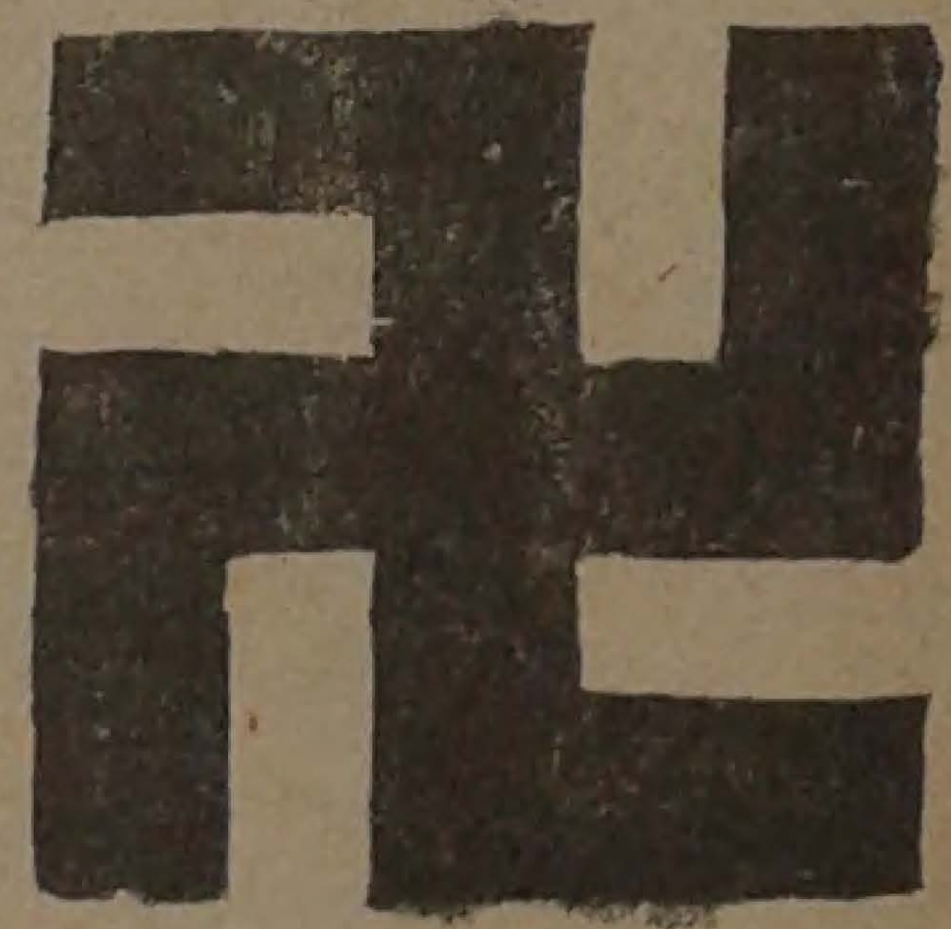
Von der

Revolution



Rußland bewaffnet die Reichswehr

zur



Konterrevolution

Die K. P. D. im eigenen Spiegel



**Aus der Geschichte der K.P.D.
und der 3. Internationale**



176 Seiten. Preis brosch. 1,— Mark, gebund. 2,— Mark.
In dieser kleinen Schrift wird der Verrat der KPD. und
der III. Internationale an der Revolution klar aufgezeigt.
Jeder klassenbewußte Arbeiter muß das Buch lesen um
ein klares Bild von der Doppelzüngigkeit der KPD. und
III. Internationale zu erhalten.

Buchhdlg f. Arbeiterliteratur

Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13

Buchhandlung — Verlag — Sortiment — Antiquariat

VORWORT

Die KAPD hat an die Zentrale der KPD. einen „Offenen Brief“ gerichtet, den diese beantworten müßte, wenn sie ihre eigenen Argumente gegen die Bewaffnung der Reichswehr ernst nehmen wollte. Sie hat es bis heute nicht getan, und wird es nicht tun — weil der Abdruck dieses Dokuments den sofortigen und unaufhaltsamen Zusammenbruch der KPD. herbeiführen müßte. Wir erachten es als unsere revolutionäre Pflicht, möglichst weiten Kreisen von Arbeitern dieses Dokument zugänglich zu machen. Zum leichteren Verständnis der Politik. in der „die Bewaffnung der Reichswehr durch Rußland“ eine neue Etappe bildet, sind die Grundlagen dieser Politik in knappen Strichen ausgezeichnet. Die Gründe, die uns bewegen dies zu tun, sind folgende: Tausende von Arbeitern folgen bis heute noch der III. Internationale. Das ist kein Wunder, und zeugt — trotzallem — von einem an sich gesunden Klasseninstinkt. Es ist dies ein Beweis, daß diese Arbeiter den Verrat der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften nicht so leicht vergessen. Diese Treue zur III. Internationale ist im Grunde — die Treue zur russischen Revolution!

Aber diese an sich gesunden Gefühle der KPD.-Arbeiter haben auch eine Kehrseite und bergen eine große Gefahr in sich. **Das Rußland von heute ist nicht mehr das Rußland von 1917.** und die III. Internationale läßt nichts unversucht, die Proletarier für die Entwicklung in Rußland blind zu machen. In dieser ihrer vermeintlichen Treue zur russischen Revolution ist es richtig, nicht nur begreiflich, daß die Arbeiter den Aasgeiern der II. und Amsterdamer Internationale ihre ehrliche Verachtung zeigen, wenn diese an Hand der heutigen Zustände in Rußland die revolutionäre Bewegung, den Kommunismus selbst zu diskreditieren, und ihren eigenen Bankrott, ihren eigenen Verrat zu rechtfertigen suchen. Aber so richtig dies ist, so falsch wäre es, die Tatsache der Wandlung Rußlands an sich zu leugnen. Es ist im Gegenteil notwendig, ohne Scheu und in unerschrockener Selbstkritik aus gegebenen Tatsachen die **revolutionären** Konsequenzen zu ziehen. So wenig die Niederlage der Pariser Kommune ein Beweis gegen die unvermeidliche und geschichtlich bedingte Notwendigkeit der Arbeiterdiktatur war, — so wenig ist die Liquidierung der isoliert gebliebenen Revolution in Rußland ein Beweis für die Unmöglichkeit des Kommunismus. Und noch weniger ist es ein Argument für den fortlautenden Verrat der Sozialdemokratie und Gewerkschaften aller Länder.

Die russische Tragödie

In wenigen Monaten jähren sich zum zehnten Male die stürmischen und glorreichen Tage der russischen Oktober-Revolution von 1917. Der Sieg der russischen Industrieproletarier und armen Bauern über ihre Unterdrücker, die Kapitalisten und Großagrarien, ließ in der gesamten kapitalistischen Welt die Herzen aller klassenbewußten Arbeiter vor Freude und Begeisterung höher schlagen. Er wurde zur großen moralischen Licht- und Kraftquelle für das soeben vom tückischen Sozialverrat der 2. Internationale heimgesuchte Weltproletariat. Der Oktober-Sieg der russischen Arbeiter drohte der zündende Funke der proletarischen Weltrevolution zu werden und flößte darum den Kapitalisten aller Länder lähmende Furcht, Schrecken, Entsetzen und ohnmächtige Wut ein. —

— Anders, ganz anders, ist die Situation im zehnten Jahre nach dem russischen Oktober. Die internationale Bourgeoisie hat schon lange befreit aufgeatmet, sie setzt der Oeffentlichkeit immer weniger Greuelberichte über „das Land der bolschewistischen Schreckenherrschaft“ vor — denn die Heroenzeit der russischen Revolution ist vorbei! Und die Proletarier? Sie glauben in ihrer Masse, daß Rußland auch heute noch ein Vorposten der Weltrevolution ist. Sie glauben dies, weil es doch immer noch die bolschewistische Partei mit ihrem revolutionären Kredit ist, die das russische Regierungsgeld in der Hand hat. Aber dieser Glaube hat, so stark seine Wurzeln in den Hirnen der Arbeitermassen auch noch sind, keine materielle Basis. Er wird in seinen Grundfesten erschüttert durch die realen gesellschaftlichen Kräfte, durch die **Klassenverhältnisse**, welche die

Innenpolitik Rußlands

bestimmen. Wie liegen nun diese russischen Klassenverhältnisse? Nach den Angaben Stalins waren am 1. Oktober 1925 vorhanden: ca. 7 Millionen Lohnarbeiter, davon sind 1 200 000 Landarbeiter und 715 000 Erwerbslose (nach der „Trud“ vom 12. 12. 26 gibt es bereits 1 023 000 Arbeitslose!). Der übrige Teil, der große Rest der ca. 130 Millionen starken Bevölkerung Rußlands setzt sich zusammen aus Bauern, städtischer Bourgeoisie sowie aus den privat- und staatskapitalistischen Elementen, die sich mit Einführung der „Neuen ökonomischen Politik“ entwickelt haben. Die Bauern sind die über-

wiegende Majorität — schlecht gerechnet 80 Prozent der Gesamtbevölkerung — und gliedern sich (nach Sinowjew) in 45 Prozent arme Bauern, 50 Prozent Mittelbauern und 5 Prozent Kulaki (Großbauern). Daß diese gesellschaftliche Zusammensetzung — die mindestens achtfache Ueberzahl der Bauern gegenüber den Proletariern — ausschlaggebend ist für die russische Staatspolitik, erkannten die Bolschewiki 1917 sehr wohl. Nur mit der Parole „Land den Bauern“ konnten sie ihren Sieg über Kerenski erfechten und die notwendigen Heere zur Abwehr der weißgardistischen Anstürme aus dem Boden stampfen. Daß aber die russischen Bauernmassen mit der Sprengung ihrer zaristisch-feudalistischen Fesseln auch gleichzeitig in die Entwicklung zu einer gesellschaftlich selbständigen Klasse gestoßen wurden, dies sah von den russischen Bolschewisten keiner früher als Lenin, der schon 1919 dem 8. Parteitag der KPR. zurief: „Kommandiert ja nicht den Bauern!“ Lenin erinnerte damit seine siegestrunkenen Genossen nur an die marxistische Binsenwahrheit: daß die Klassenverhältnisse eines Landes maßgebend sind für die Richtung seiner Staatspolitik und daß demzufolge die Bolschewiki sich nur als Regierungspartei behaupten können, wenn sie den Willen der russischen Bauern respektieren, deren Kerntruppen durch die Oktoberrevolution als ein bewußt handelnder Faktor auf die gesellschaftliche Bühne gestellt worden sind.

„Kommandiert nicht den Bauern“, ist das geschichtliche Menetekel für die russischen Bolschewisten. Nicht etwa deswegen, weil eine proletarische Minderheit nicht auch über eine besitzlose Bauernmehrheit die revolutionäre Diktatur ausüben könnte, sondern weil auch die russischen Klassenverhältnisse nur der konkrete Ausdruck ganz bestimmter **Produktionsverhältnisse** sind. Und worin bestehen diese in den riesigen Agrargebieten Rußlands? Sie sind dadurch gekennzeichnet, daß der ehemalige russische Feudalbesitz nicht in proletarisches Gemeineigentum verwandelt, sondern nur in unzählige Stücke aufgeteilt wurde. Aus dieser ökonomischen Situation mußten für die russische Oktoberrevolution früher oder später ungeheure soziale Schwierigkeiten erwachsen, trotz aller politischen Triumphe, welche die Bolschewiki zur Zeit des Kriegskommunismus über die weißen Banden errangen.

Die Krise — deren Triebkräfte vor allem in den nicht genügend entwickelten materiellen Existenzbedingungen Rußlands liegen — konnte nur am Ausbruch verhindert werden, wenn die russische Revolution mit ihren sozialistischen Aufgaben raschestens auf internationale Kampfbasis gestellt wurde. Dieser Versuch scheiterte aber infolge der revolutionären Schwäche des internationalen und besonders des deutschen Proletariats, und die Krise war unvermeidlich. Als im Sommer 1921 offenkundig war, daß das Schneckentempo der Weltrevolution nicht mechanisch in Schnellzugsgeschwindigkeit zu verwandeln ist, standen die russischen Bolschewiki vor der unausweichlichen Alternative: Entweder im revolutionären Kampfe gegen die übermächtige kapitalistische Umklammerung und die Ungunst der historischen Situation im eigenen Lande nötigenfalls politisch ehrenvoll unterzugehen — oder von der Gnade und Barmherzigkeit kapitalistischer Mächte ein schimpfliches Schein-

und Tragelassen zu führen; entweder im zivilisierten Stande die Ehre des internationalen Sozialismus zu retten — oder durch die Flucht in eine des proletarischen Klassenkampfes fremde Opportunitätspolitik die Schande des moralisierten Unterganges auf sich zu laden! In diesem geschichtlichen Moment haben die Bolschewiki, um formell an der Regierung zu bleiben, die ein schimpfliches Kompromiß sich einschließen und damit den Klassen-Inhalt der russischen Proletarier-Erhebung preiszugehen! Denn nichts anderes als eine partielle Abkehr von den Methoden und Zielen der proletarischen Klassenkampfes bedeutet die Liquidierung des Kriegskommunismus, besonders durch Einführung der neuen Wirtschaftspolitik, der NEP. Selbst Lenin war sich — im Gegensatz zu seinen stalinischen Nachbarn — über diesen unüberwindlichen Charakter der NEP, durchaus im klaren. Er sagte damals: „Die politische Lage im Frühjahr 1921 zeigt uns, daß es unvermeidlich ist, um in einer Reihe wirtschaftlicher Fragen in die Forderungen des Kapitalismus zurückzukehren . . .“ (siehe „Isprawl.“ Nr. 2, S. 27). An anderer Stelle (sowjetische Artikel) wird Lenin noch deutlicher: „Die Aufgabe des Überganges zur NEP besteht gerade darin, daß wir, nach dem Versuche eines unmittelbaren sozialistischen Aufbaus unter den schwersten Verhältnissen, zur die Marx-Skizzen gemäß werden: kein unmittelbarer sozialistischer Aufbau, sondern Rückzug in einer ganzen Reihe von Wirtschaftspolitiken zum Staatskapitalismus“. „Was ist das?“ fragt Lenin weiter und antwortet eindeutig: „Der Zusammenbruch der Klumpenökonomie, des Kapital teilt die Kleinproduktion zusammen, das Kapital erwächst aus der Kleinproduktion. Darüber darf man nicht die Augen schließen. Freilich, die Freiheit des Handels bedeutet das Wachstum des Kapitalismus . . . vom Kleinwirtschaftsstand her, wenn die Freiheit des Handels her, dann entsteht der Kapitalismus“. Und in der letzten Rede, die Lenin vor seinem Tode auf seiner russischen Parteiung halten konnte, erklärte er, nochmals vor einem fundamentalen Irrtum warnend: „ . . . wir haben noch kein sozialistisches Fundament. Jene Kommunisten, die sich der Gegenwart einbilden, begehen einen großen Fehler“ (siehe „Isprawl.“ 1926, Nr. 12, S. 151).

Die Tatsache, daß Millionen von russischen Bauern (d. h. die 50 Prozent Mittelbauern) Landbesitzer und damit Privateigentümer sind, hat der bolschewistische Staatspolitik immer mehr den gesellschaftlichen Stempel aufgedrückt, da eben die wirtschaftliche Machtstellung der besitzenden Bauernklasse sich auch politisch auswirkt. Während in der Periode des Kriegskommunismus das spezifische Gewicht des mittleren Bauertums nicht so gering war, daß sich die Bolschewiki mit der Parole „Neutralisierung der Mittelbauern“ begnügen konnten, ist der Mittelbauer durch die NEP, ökonomisch so verstärkt, daß er jetzt die „zentrale Figur“ darstellt. „Das mittlere Bauertum ist die Grundmasse, die grundlegende Schicht der Bevölkerung auf dem flachen Lande. Die Mittelwirtschaften bilden die Grundmasse der Bauerwirtschaften. Der Mittelbauer bildet die Majorität der Bevölkerung auf dem Lande . . . und deshalb ist er die zentrale Figur“, stellte

Bucharin auf dem 14. Parteitag der KPD. fest. Und weil die Mittelbauern heute die wirtschaftlich mächtigste Klasse in Rußland sind, deshalb diktiert sie in immer steigendem Maße den Gang der Innenpolitik, deshalb mußten die Bolschewiki die Losung „Bündnis der Arbeiter mit den Mittelbauern“ herausgeben. Von Jahr zu Jahr zeigt sich deutlicher, daß die Bolschewiki durch die NEP. in ein unlösbares Dilemma geraten sind, wo sie die Interessen einer der russischen Arbeiterschaft fremden Klasse vertreten müssen. Gewiß wäre es töricht, die Möglichkeit eines Bündnisses zwischen Industriearbeitern und Bauern überhaupt leugnen zu wollen. Aber es ist, vom marxistischen Standpunkt aus gesehen, ein verhängnisvoller Selbstbetrug, zu glauben, daß im heutigen Rußland bereits die elementarsten Bedingungen für ein solches Bündnis gegeben sind. Denn die russischen Bauernmassen (d. h. ihre ausschlaggebenden Mittelschichten, neben den Kulaki) sind durch den Sturz des Feudalismus zu Landbesitzern, zu Privateigentümern geworden und als solche stehen eben ihre gesellschaftlichen Interessen den proletarischen Klasseninteressen diametral gegenüber. Mit andern Worten: der private Besitz an Grund und Boden bedingt naturnotwendig eine Landwirtschaft auf kapitalistischer Basis, eine Produktion für den kaufkräftigen Markt, also eine Warenwirtschaft, — während das Klassenziel des Proletariats (auch in Rußland!) nur die Bedarfswirtschaft der Kommunismus, die Abschaffung des bürgerlichen Eigentums sein kann. Die NEP. selbst ist der schlagendste Beweis dafür, daß die Bolschewiki als Regierungspartei gar keine proletarische Klassenpolitik mehr treiben können, da die Staatspolitik jedes Landes nun einmal von dessen realen ökonomischen Kräften bestimmt wird. All die bekannten Konzessionen der vergangenen Jahre — die Wiedereinführung des freien Handels, die gesetzliche Anerkennung der Bodenpacht sowie der Ausdehnung der Lohnsklaverei in der Landwirtschaft, die Aufhebung der Bestimmungen zur Einschränkung der Lohnarbeit in der Heimindustrie, die staatliche Förderung der Ansammlung von Privatkapital auf dem Lande usw. — bestätigen ja nur, wie die Bolschewiki durch das gesellschaftliche Schwergewicht der landbesitzenden Bauernschichten gezwungen sind, die Interessen der russischen Arbeiterklasse Stück für Stück preiszugeben.

Unter dem Zwang der nep-kapitalistischen Entwicklung müssen die russischen Bolschewiki als staatspolitische Repräsentanten der Mittelbauernklasse immer offener das Proletariat mit Phrasen und Versprechungen, mit der Beteuerung abfertigen, daß die Lebensinteressen der besitzenden und ihm deshalb fremden Bauernschaft seine eigenen Klasseninteressen sind. Die russische Arbeiterschaft darf auf Geheiß der Regierungsbolschewisten keine selbständige Klassenpolitik mehr treiben, sondern ist dazu verurteilt, durch ein Bündnis mit kapitalistisch wirtschaftenden Mittelbauern auf den Kampf um ihre eigenen Interessen zu verzichten. Den russischen Proletariern ist es von der „Sowjetregierung“ verboten, gemeinsam mit den Dorfarmen (deren Zahl durch den agrarischen Konzentrationsprozeß ständig wächst) um den Kommunismus zu kämpfen, weil eine solche Politik den Klassenkampf auf dem

Lande entfesseln würde. Klassenkampf der Besitzlosen gegen die Besitzenden bedeutet nämlich Erschütterung, Unterminierung der NEP.-Wirtschaft, bedeutet im Endresultat eine Umwälzung der bestehenden russischen Gesellschaftsverhältnisse, einen neuen revolutionären Umsturz, der nicht im Klasseninteresse der ökonomisch dominierenden Mittelbauern liegt — und deshalb diktieren die Bolschewiki dem russischen Proletariat einen **Burgfrieden mit den kapitalistisch orientierten Bauernmassen!**

Dieser Burgfrieden, dieser mit eigenen Händen zu übende Verrat ihrer Klasseninteressen wird der russischen Arbeiterschaft schmackhaft gemacht mit der Versicherung: „Trotz der NEP. vollzieht sich in Rußland ein sozialistischer Aufbau, denn das Proletariat hat ja die Staatsindustrie in Händen.“ Das ist der höchste, aber zugleich auch der wertloseste Trumpf, den die Bolschewiki ausspielen können. Denn ganz abgesehen davon, daß unter den heutigen Verhältnissen des hochentwickelten Weltkapitalismus der Sozialismus in einem einzigen Lande (und noch dazu in einem rückständigen Agrarstaat) eine Utopie bleiben muß; daß ferner sozialistische Industrie und nep-kapitalistische Agrarproduktion unmöglich eine Wirtschaftseinheit darstellen können, reden die harten Tatsachen selbst eine grundsätzlich andere Sprache als die leninistischen Erklärungen. Wie ist es z. B. möglich, daß in Rußland trotz größten Warenhungers der Million erwerbslosen Proletariern einfach keine Arbeit verschafft werden kann? Nun, nur deswegen: die russische Industrie produziert eben nicht für den Bedarf der Massen, sondern für den kaufkräftigen Markt; das Proletariat verfügt eben nicht über die Produktionsmittel, sonst könnte es ja mit dieser ökonomischen Waffe von vornherein der Gefahr der Erwerbslosigkeit begegnen! Die russischen Arbeiter haben keinen entscheidenden Einfluß auf den industriellen Produktionsprozeß, sie sind Lohnsklaven, die ihre Arbeitskraft als Ware stück- oder stundenweise verkaufen müssen — und diese ihre Arbeitskraft unterliegt den Gesetzen kapitalistischer Marktverhältnisse: sie wird von der Industrie angezogen, wenn die Nachfrage nach Waren steigt, und sie wird abgestoßen, wenn die Waren wegen Kaufkraftmangel nicht genügend Absatz finden. Gerade die von den Regierungsbolschewisten nicht zu beseitigende Arbeitslosigkeit beweist eindeutig genug, daß Rußland auch in der Staatsindustrie eine kapitalistische Produktionsgrundlage hat und deshalb von einer sozialistischen Entwicklung absolut keine Rede sein kann. — Als erschwerendes Moment tritt noch hinzu, daß der Kapitalmangel und die sonstigen ökonomischen Schwierigkeiten Rußlands (die seine Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte beeinträchtigen) auch die Rationalisierung der russischen Wirtschaft notwendig machen, die sich ebenfalls wie in Deutschland und allen kapitalistischen Staaten auf Kosten der Arbeiterschaft vollzieht. Ueber diese, „Sparsamkeitsregime“ genannte, russische Rationalisierung schrieb die „Rote Fahne“ am 17. 10. 26 u. a.: „Der Prozeß des einfachen Wiederaufbaues durch Inanspruchnahme des alten Produktionsapparates ist beendet, jede weitere Entfaltung der Industrieproduktion ist nur durch Anlage neuen Kapitals und

in gewissem Maße durch bessere Ausnützung des vorhandenen Kapitals möglich. Die Möglichkeit der zweiten Art besteht vor allem in der Rationalisierung des Produktionsprozesses.“ Das heißt auf deutsch, daß die sozialen Auswirkungen der Rationalisierung auch in Rußland eine massenverelndende Tendenz haben. Die Proleten, die als überflüssige Fresser den Produktionsapparat belasten, werden aufs Straßenpflaster geworfen und außerdem die Arbeitsbedingungen verschlechtert zwecks „besserer Ausnutzung des vorhandenen und Anlage neuen Kapitals.“ Daß das Privatkapital in Rußland, die ausländischen Konzessionäre, in der vordersten Front dieser den proletarischen Lebensstandard systematisch herabdrückenden Rationalisierungs-Offensive stehen, versteht sich am Rande.

Je weiter die nep-kapitalistische Entwicklung Rußlands fortschreitet, desto schärfer müssen auch die sozialen Gegensätze zwischen dem Proletariat und den besitzenden Schichten hervortreten. Die gesellschaftliche Perspektive der NEP, ist im marxistischen Spiegel schon heute deutlich zu erkennen und ergibt das folgende Bild: Hier Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und Anwachsen des bäuerlichen Reichtums, dort Steigen der Dorfarmut durch Vermehrung der von den Kulaken enteigneten Kleinbauern, — hier wachsende Konkurrenzfähigkeit der Industrie durch fortschreitende Rationalisierung, dort Bildung einer Armee von Dauerarbeitslosen und Verschlechterung der proletarischen Klassenlage, — hier Schlemmerleben der NEP.-Bourgeoisie, dort unerhörtes Elend der Proletarierkinder. — hier systematisches Wachsen des Einflusses der kapitalistischen Schichten in der Staatsverwaltung, dort ebensostetiges Sinken des proletarischen Einflusses, — hier nep-kapitalistischer Fortschritt an allen Ecken und Enden der russischen Gesellschaft, dort unaufhaltsamer Rückzug der Arbeiterklasse auf der ganzen Linie! So befindet sich die bolschewistische Partei Rußlands — und mit ihr die von ihr geistig inspirierte Komintern — seit Einführung der NEP, unverkennbar in einer permanenten Krise: sie ist aus einem Pionier der proletarischen Weltrevolution zum Träger einer kapitalistischen Entwicklung geworden! An den russischen Bolschewiki hat sich die marxistische These erfüllt, die Friedrich Engels in seinem „Deutschen Bauernkrieg“ wie folgt formulierte:

„Es ist das Schlimmste, was dem Führer einer extremen Partei widerfahren kann, wenn er gezwungen wird, in einer Epoche die Regierung zu übernehmen, wo die Bewegung noch nicht reif ist für die Herrschaft der Klasse, die er vertritt und für die Durchführung der Maßregeln, die die Herrschaft dieser Klasse erfordert. Was er tun kann, hängt nicht von seinem Willen ab, sondern von der Höhe, auf die der Gegensatz der verschiedenen Klassen getrieben ist, und von dem Entwicklungsgrad der materiellen Existenzbedingungen, der Produktions- und Verkehrsverhältnisse, auf dem der jedesmalige Entwicklungsgrad der Klassengegensätze beruht. Was er tun soll, was seine eigene Partei von ihm verlangt, hängt wieder nicht von ihm ab, aber auch nicht von dem Entwicklungsgrad des Klassenkampfes und seiner Bedingungen; er ist gebunden an seine bisherigen Doktrinen und Forderungen, die

wieder nicht aus der momentanen Stellung der gesellschaftlichen Klassen gegeneinander und aus dem momentanen, mehr oder weniger zufälligen Stande der Produktions- und Verkehrsverhältnisse hervorgehen, sondern aus seiner größeren oder geringeren Einsicht in die allgemeinen Resultate der gesellschaftlichen und politischen Bewegung. Er findet sich so notwendigerweise in einem unlösbaren Dilemma: was er tun kann, widerspricht seinem ganzen bisherigen Auftreten, seinen Prinzipien und den unmittelbaren Interessen seiner Partei; und was er tun soll, ist nicht durchzuführen. Er ist mit einem Wort gezwungen, nicht seine Partei, seine Klasse, sondern die Klasse zu vertreten, für deren Herrschaft die Bewegung gerade reif ist. Er muß im Interesse der Bewegung selbst die Interessen einer ihm fremden Klasse durchführen und seine eigene Klasse mit Phrasen und Versprechungen, mit der Beteuerung abfertigen, daß die Interessen jener fremden Klasse ihre eigenen Interessen sind. Wer in dieser schiefe Stellung gerät, ist unrettbar verloren.“

Die russische Außenpolitik

„Und nun droht den Bolschewikis als Endstation ihres Dornenwegs das schrecklichste: wie ein unheimliches Gespenst nähert sich — ein Bündnis der Bolschewiki mit Deutschland! Das wäre allerdings das letzte Glied in der verhängnisvollen Kette, die der Weltkrieg um den Hals der russischen Revolution geschlungen hat: erst Zurückweichen, dann Kapitulation und schließlich ein Bündnis mit dem deutschen Imperialismus. Die russische Revolution wäre somit vom Weltkriege, dem sie sich um jeden Preis entziehen wollte, nur auf den Gegenpol geschleudert — von der Seite der Entente unter dem Zaren auf die Seite Deutschlands unter den Bolschewiki Eine Allianz der Bolschewiki mit dem deutschen Imperialismus wäre der furchtbarste moralische Schlag für den internationalen Sozialismus, der ihm noch versetzt werden könnte. Rußland war der einzige letzte Winkel, wo revolutionärer Sozialismus, Reinheit der Grundsätze, ideale Güter noch einen Kurs hatten, wohin sich die Blicke aller ehrlichen sozialistischen Elemente in Deutschland wie in ganz Europa richteten, um sich von dem Ekel zu erholen, den die Praxis der westeuropäischen Arbeiterbewegung hervorruft, um sich mit Mut zum Ausharren, mit Glauben an ideelle Werke, an heilige Worte zu wappnen. Mit der grotesken „Paarung“ zwischen Lenin und Hindenburg wäre die moralische Lichtquelle im Osten verlöscht

Sozialistische Revolution auf deutschen Bajonetten sitzend, proletarische Diktatur unter der Schirmvogtei des deutschen Imperialismus — das wäre das ungeheuerlichste, was wir noch erleben könnten. Und obendrein wäre es — reine Utopie..

Dann erst wären alle bisherigen Opfer, das große Opfer des Brester Friedens rein umsonst gebracht; denn ihr Kaufpreis wäre zum Schluß der — moralische Bankrott. Jeder politische Untergang der Bolschewikis im ehrlichen Kampfe

gegen die Uebermacht und Ungunst der geschichtlichen Situation wäre diesem moralischen Untergang vorzuziehen.“

(Rosa Luxemburg im September 1918, siehe Spartakusbriefe“, Seite 183—185, Berlin 1920.)

„Es gibt hier keinen prinzipiellen Unterschied zwischen einer Anleihe und einem militärischen Bündnis. Und ich behaupte, daß wir schon so gewachsen sind daß wir ein militärisches Bündnis mit einer anderen Bourgeoisie schließen können, um mittels dieses bürgerlichen Staates ein anderes Bürgertum niederzuschmettern. Was später sein wird unter gewissen Kräfteverhältnissen, das können Sie sich leicht vorstellen, das ist eine Frage der rein strategisch-taktischen Zweckmäßigkeit. So soll man das im Programm aufstellen.

Bei dieser Form der Landesverteidigung, des militärischen Bündnisses mit bürgerlichen Staaten, ist es die Pflicht der Genossen eines solchen Landes, diesem Block zum Siege zu verhelfen.“

(Bucharin auf dem 4. Weltkongreß der Komintern, November 1922; siehe Protokoll S. 420, Verlag der KI.)

Der NEP., d. h. der kapitalistisch orientierten Innenpolitik muß notgedrungen auch die Außenpolitik Rußlands entsprechen. Denn die fatale Situation, die 1921 gebieterisch eine ökonomische Kursänderung erforderte, bedingte gleichzeitig auch die Herstellung eines neuen und grundsätzlich anderen Verhältnisses Rußlands zur kapitalistischen Umwelt. Und dies um so dringender, weil eben das in der bürgerlichen Revolution stecken gebliebene Rußland in der weltpolitischen Isolierung ein wankender Koloß auf tönernen Füßen ist. Vor die Frage der Konsolidierung der gesellschaftlichen Verhältnisse gestellt, können die besitzenden russischen Bauernmassen diese ihre Lebensaufgabe nicht aus eigener Kraft lösen, sondern nur im Bunde mit der internationalen Bourgeoisie. Was ist also die Seele dieser der NEP. entsprechenden Außenpolitik? Das Rußland der NEP. muß, um seine Wirtschaft aufbauen zu können, wieder in das kapitalistische Weltwirtschaftsgetriebe eingereiht werden. Es braucht Maschinen zur Vervollkommnung seiner Industrie und Bodenbewirtschaftung, es braucht Absatzmärkte für seine Agrarprodukte, es braucht Handelsbeziehungen und Anleihen. Das Rußland der NEP. braucht Frieden mit der kapitalistischen Welt, es braucht auch politische Bündnisse mit bürgerlichen Staaten — und nicht proletarische Weltrevolution, nicht kommunistische Revolution in den kapitalistischen Ländern. Die materielle Hilfe ausländischer Kapitalsgruppen beim Aufbau der NEP.-Wirtschaft — das ist die historische Richtschnur der russischen Außenpolitik, die den Klasseninteressen der besitzenden Gesellschaftsschichten entspringt.

Aber die auswärtige Politik des Rußlands der NEP. wäre nur etwas Unvollkommenes, wenn sie sich lediglich auf das Gebiet rein politischer und wirtschaftlicher Beziehungen beschränken würde. Die Logik der nep-kapitalistischen Entwicklung bedingt zwangsläufig, daß Rußland auch nach militärischen Bündnissen strebt, um seine machtpolitische Stellung in der kapitalistischen Welt zu stärken. Diese günstigere Position kann sich aber Rußland nur verschaffen, in-

dem es eine Allianz herzustellen versucht mit jenen Ländern, die sich in ähnlicher ökonomischer Verfassung (industriell noch nicht hoch entwickelt) befinden (wie z. B. China) sowie mit jenen Staaten, die infolge ihrer militärischen Unterlegenheit im Weltkriege in ein Abhängigkeitsverhältnis zu den imperialistischen Mächten geraten sind (wie z. B. Deutschland, Türkei etc.). Auf Grund seiner schwachen ökonomischen und weltpolitischen Stellung muß die Außenpolitik des russischen Bauernstaates, wenn sie für die NEP. einen realen Wert haben soll, darauf gerichtet sein, das imperialistische Uebergewicht des unter französisch-englischer Führung stehenden Genfer Völkerbundes möglichst zu paralisieren durch Schaffung eines östlichen Völkerbundes. Um dieses Ziel zu erreichen, unterstützt Rußland (und mit ihm die Komintern) aktiv die Kantonregierung (Kuomintang) der chinesischen Großgrundbesitzer und Kapitalisten in ihrem Krieg um nationale Selbständigkeit. Aus demselben Grunde lieferte die Moskauer Regierung im griechisch-türkischen Kriege den Nationalkapitalisten der Türkei Waffenmaterial. Auf derselben Linie des Kampfes gegen kapitalistische Rivalen lagen auch die Solidaritätsbezeugungen der russischen Regierung gegenüber dem englischen Bergarbeiterstreik, sowie die zeitweisen „guten Beziehungen“ zwischen „Sowjet“-Rußland und Mussolini-Italien. Und aus dem gleichen Grunde unterstützte Rußland ebenso den Ruhrkrieg der deutschen Bourgeoisie durch ein Militärbündnis, das sogar noch Ende 1926 praktisch bestand! Die Waffenbrüderschaft mit bürgerlichen Staaten ist nur die Krönung der russischen Außenpolitik, denn für das Rußland der NEP. kann es einfach keinen prinzipiellen Unterschied zwischen einer Anleihe und einem militärischen Bündnis geben.

Militärbündnisse mit bürgerlichen Staaten zum Zwecke der Niederwerfung einer anderen (d. h. „westlich orientierten“) Bourgeoisie sind in der Tat eine Lebensnotwendigkeit für das heutige Rußland. Aber diese Bündnispolitik reißt gleichzeitig den letzten revolutionären Schleier vom Gesicht der russischen Bolschewiki erbarmungslos herunter und vollendet damit die russische Tragödie. — Wenn Rußland mit einem bürgerlichen Staat ein Militärbündnis unterhält, so ist nach Bucharin die Komintern-Sektion (also die Proletarier) dieses betreffenden Landes im Kriegsfall verpflichtet, „diesem Block zum Siege zu verhelfen“, denn es handelt sich ja um einen „nationalen Befreiungskampf“, um einen „fortschrittlichen“ Krieg. Diese, den ideologischen Grundpfeiler der russischen Außenpolitik bildende leninistische Erklärung hat jedoch in der rauhen Wirklichkeit keine tragfähige materielle Basis. Es ist purer Unsinn, in der monopolistischen Phase des Weltkapitalismus noch von „fortschrittlichen“ Kriegen bürgerlicher Staaten zu sprechen. Der revolutionäre Marxismus bestimmt den Charakter der Kriege und sein Verhältnis zu ihnen vom Standpunkt der Interessen der gesellschaftlichen Entwicklung, folglich vom Standpunkt der Interessen des Proletariats. Der Marxismus teilt die Kriege in fortschrittliche und reaktionäre nicht danach, ob sie Verteidigungs- oder Angriffs-, d. h. imperialistische Kriege sind, ob

sie für nationale Unabhängigkeit gehen oder nicht, — für ihn sind die Kriege fortschrittlich oder reaktionär, je nachdem, ob sie für den Sturz einer alten Gesellschaftsordnung, die ein Hemmnis für die Entwicklung geworden ist, und damit für die Wegbereitung einer neuen Ordnung beitragen oder nicht. Das bedeutet: **der einzig mögliche fortschrittliche Krieg in der heutigen Epoche des hochentwickelten Kapitalismus ist der Krieg gegen den Kapitalismus überhaupt!** Von diesem marxistischen Standpunkt aus gesehen, war der Krieg der Türkei kein fortschrittlicher, denn er ging nur um die nationale Unabhängigkeit. Denselben Charakter trägt auch der Kampf der jungen chinesischen Bourgeoisie, die lediglich eine größere Selbständigkeit gegenüber den kapitalistischen Weltmächten will. Das klarste Beispiel bietet aber der von Rußland unterstützte Ruhrkrieg 1923. Dieser „nationale Befreiungskampf“ der deutschen Bourgeoisie war ebensowenig fortschrittlich, weil sein Ziel nicht die Aenderung der Gesellschaftsordnung war, sondern nur die Wiedereinsetzung deutscher Polizei- und Militärautorität.

Aus der Stellung der russischen Leninistenführer zu den Kriegen in der jetzigen hochkapitalistischen Epoche ergeben sich nun wichtige politische Konsequenzen: Im Ruhrkrieg 1923 unterstützte Rußland die deutsche Kapitalistenklasse durch ein Militärbündnis (d. h. durch Munitionslieferungen!); die KPD. war also verpflichtet, „diesem Block zum Siege zu verhelfen“ und mußte deshalb das Proletariat in einen Bürgerfrieden mit der Bourgeoisie führen! Einige Jahre vorher, im Weltkriege, hatte aber die deutsche Arbeiterschaft nach Lenins eigenen Erklärungen die Aufgabe, den Bürgerkrieg zu führen: „**Revolutionäre Aktionen während des Krieges**“, schreibt Lenin in „Gegen den Strom“ S. 105, „**gegen die eigene Regierung bedeuten sicherlich und unzweifelhaft nicht nur den Wunsch nach ihrer Niederlage, sondern auch eine tatsächliche Förderung einer solchen Niederlage.**“ Der Leninismus bewegt sich also in folgendem widerspruchsvollen Kreislauf. Während eines imperialistischen Krieges muß das Proletariat für die Niederlage des eigenen Landes sein, — wenn dieses aber besiegt ist, dann muß es für die Unterstützung „seiner“ Bourgeoisie in ihrem Kampf um nationale Unabhängigkeit sein, — und wenn die „unterjochte“ Bourgeoisie durch diese proletarische Hilfe wieder Vertreterin einer gleichberechtigten Nation geworden ist, dann muß die Arbeiterklasse wieder die Landesverteidigung ablehnen, — um wieder dafür zu sein, wenn die Niederlage der eigenen Bourgeoisie abermals da ist usw.!! Tatsächlich bedeutet dies: der Leninismus fordert das Proletariat auf, in den angeblich „fortschrittlich-nationalen Befreiungskämpfen“ auf den Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie und damit auf den heute allein fortschrittlichen Krieg gegen den Kapitalismus zu verzichten! Gegenüber diesen sozialpatriotischen Auswirkungen der leninistischen Parolen ruft der revolutionäre Marxismus den Arbeitern der hochkapitalistischen Länder zu: „ihr könnt die nationalen Bewegungen nur dann im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts ausnutzen, wenn ihr rücksichtslos die Axt an die

Wurzeln des zu einem Hemmnis der gesellschaftlichen Entwicklung gewordenen Kapitalismus legt! Nicht Burgfrieden, sondern Bürgerkrieg, proletarische Massenaktionen in kommunistischer Zielrichtung, ist die von der Geschichte auf die Tagesordnung gestellte revolutionäre Losung!

Das Ungeheuerlichste ist geschehen: die moralische Lichtquelle des Weltproletariats im Osten Europas ist verlöscht, die russischen Bolschewiki sind moralisch untergegangen. . . . Im zehnten Jahre nach dem russischen Oktober müssen die klassenbewußten Arbeiter aller Länder — soviel liebge-wordene Illusionen dabei auch zum Teufel gehen mögen — die eiserne Tatsache erkennen: Der Weg des Rußlands der NEP., d. h. der Weg des Leninismus führt zur Verteidigung kapitalistischer Vaterländer durch die kein Vaterland besitzenden Proletarier und somit zum sozialdemokratischen Verbrechen des 4. August 1914, er führt zur Belieferung der deutschen Reichswehr mit „Sowjet“-Munition, — der Weg des Leninismus führt

von der Revolution zur Konterrevolution!

Der Leninismus für die Verteidigung kapitalistischer Vaterländer

Am 8. Januar 1927 führte Bucharin auf der Moskauer Gouvernementskonferenz der Bolschewiki laut „Inprekorr“ Nr. 11 vom 25. 1. 27 (S. 203) folgendes aus:

„Ihr wißt alle ausgezeichnet, daß Deutschland seinerzeit (d. h. 1919—23, D. R.) die friedlichste Tendenz uns gegenüber verkörperte, wobei der Umstand eine ungeheure Rolle spielte, daß Deutschland vorübergehend einer nationalen Unterjochung, einer Erniedrigung, einer direkten Ausplünderung seitens der imperialistischen Staaten ausgesetzt war. Ich erwähne hier übrigens, daß es sowohl unsere Partei, als auch sämtliche anderen kommunistischen Parteien, gerade in Anbetracht dieser besonderen Lage Deutschlands mit vollem Recht für möglich gehalten haben, sogar ein bürgerliches Deutschland gegen die Vergewaltigungen seitens der imperialistischen Staaten zu verteidigen.“

. . . Wenn gegenwärtig einige Politiker des bürgerlichen Deutschland, ihre sozialdemokratischen Sprachrohre und ultralinken Renegaten (?) des Kommunismus versuchen, unsere Haltung in dieser Frage als eine Art Sündenfall und Laster unsererseits hinzustellen, so können wir ihnen von dieser Tribüne aus nochmals erklären, daß die Kommunistische Partei unseres Landes und der von der Kommunistischen Partei geleitete Sowjetstaat stets und überall an der Seite aller unterdrückten, aller unterjochten und sogar national-bürgerlichen Staaten stehen wird, in jenen Fällen, in denen sie von allen Seiten von den imperialistischen Räubern angegriffen werden. Das ist unsere Linie, diese Linie haben wir durchgeführt und werden wir durchführen, soweit solche Fälle sich auch in Zukunft ereignen sollten.“

Rußland bewaffnet die Bourgeoisie

Auf einem Bezirksparteitag der KPD. Wasserkante legte Arthur Ewert, Mitglied des Zentralkomitees der KPD., nach dem Bericht der „Hamburger Volkszeitung“ vom 1. März 1927 das nachstehende Geständnis ab:

„Nun noch ein Wort zu den Sowjetgranaten. Genossen, nehmen wir z. B. die türkische Regierung. Diese führte einen Krieg gegen Griechenland. **Und der türkischen Regierung ist auch (wie an Deutschland, D. R.) Waffenmaterial geliefert worden von Sowjetrußland. Das ist eine feststehende und unbestrittene Tatsache. Dieselbe türkische Regierung hat aber gleichzeitig die Kommunisten in der Türkei aufs schärfste verfolgt; auch das ist eine unbestrittene Tatsache. Unsere Partei in der Türkei arbeitete unter den schwersten Bedingungen, trotzdem wurde der Kampf gegen die Vortrupps des westlichen Imperialismus dieser nationalen türkischen Regierung unterstützt von Sowjetrußland. Dieses muß man den Arbeitern klar machen.**“

Offener Brief an das Zentralkomitee der KPD.

Anfang Dezember v. Js. machte die englische Zeitung „Manchester Guardian“ ihre bekannten Enthüllungen über die Errichtung einer Flugzeugfabrik, einer anderen für Giftgase und einer weiteren für Granaten deutscher Firmen in Rußland im Auftrage der deutschen und im Einverständnis mit der russischen Regierung. Diese Kriegsfabriken, eingerichtet auf russischem Territorium, um die Bestimmungen des Versailler Vertrages zu umgehen, sollen zur Bewaffnung Deutschlands gedient haben. „Manchester Guardian“ machte auch die Mitteilung, daß in Stettin mehrere Schiffe mit Munition aus Rußland angelangt sind.

Trotzdem Tschitscherin, der in dieser Zeit in Berlin weilte, auf die Frage über die „Sowjetgranaten“ laut „Rote Fahne“ vom 7. 12. 26 antwortete: „Sowjetgranaten... ja, „Made in England“ oder vielleicht in der Berliner englischen Botschaft. **Ich bin über die Internas nicht genau informiert**“; trotzdem also Tschitscherin, der als Außenminister Rußlands am besten darüber informiert sein sollte, nicht den Mut hatte, die Wahrheit der Enthüllungen des „Manchester Guardian“ zu leugnen, und sich mit der faulen Ausrede begnügte: „ich bin nicht genau informiert“ — fühlte sich Eure Presse, an der Spitze die „Rote Fahne“, autorisiert, die obigen Enthüllungen als Lüge und Hetze gegen Rußland zu erklären — was selbst Tschitscherin nicht wagte.

Um die Verneinung der Tatsache, daß die deutsche Bourgeoisie mit ihrer weißen und schwarzen Reichswehr von Rußland bewaffnet worden ist, zu erleichtern, bediente sie sich einer demagogischen Methode. Sie weiß, daß die SPD.-Presse und an ihrer Spitze der „Vorwärts“ keinen Kredit unter der revolutionären Arbeiterschaft hat, deswegen benützte sie die Tatsache, daß der „Vorwärts“ als erster die Enthüllungen des „Manchester Guardian“ brachte, um sie für eine „Vorwärts“-Lüge zu erklären. Ihre Beweismittel bestanden weniger aus Argumenten gegenüber den Enthüllungen des „Manchester Guardian“, als aus Erläuterungen der Motive der SPD. und ihrer Presse, aus welchen sie diese Enthüllungen groß aufzieht.